„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Ejmann
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für's Ausland:	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Deutscher Auslandsminister Dr. Stresemann über internationale Verständigung

Besteht auf Räumung des Ruhrgebietes und widerlegt Gerüchte über neuen Militarismus.

Berlin. — Beim Empfang ausländischer Berichterstatter erklärte Auslandsminister Dr. Stresemann, daß die deutsche Reichsregierung die von den Alliierten gestellten Bedingungen für die Militärkontrolle angenommen habe, um zu beweisen, daß man in Berlin **die angebrochene Aera der Verständigung** willkommen heiße und nichts tun wolle, was eine Mißstimmung hervorrufen könnte. Es sei notwendig, daß alle Mächte, die an der Londoner Konferenz in diesem Monat teilnehmen, **vom Versöhnungsgeist erfüllt** an den Konferenztisch herantreten.

Der deutsche Außenminister glaubt, wenn in der für Mitte Juli nach London einberufenen Konferenz eine Einigung über den **Dawes-Plan** zustande käme, könnte Deutschland vielleicht schon am 1. August mit der Ausführung des Planes beginnen. Er macht darauf aufmerksam, daß, wie schon von verschiedenen Seiten hervorgehoben wurde, der Dawes-Plan in finanzieller wie in wirtschaftlicher Hinsicht teilweise über die Bedingungen des Versailler Paktes hinausgehe, auch seien Meinungsverschiedenheiten über die industriellen Verpflichtungen Deutschlands vorhanden, so daß eine gründliche Aussprache über alle diese Punkte notwendig sei.

Aber nicht nur über die den Deutschen aus dem Dawes-Plan erwachsenden Pflichten müßte man sich einig werden, sondern auch über die Pflichten der anderen Mächte, worunter

die Räumung des Ruhrgebietes

und der ungerechterweise besetzten Gebiete in erster Reihe stehe. Die Konferenz werde sich um diese Frage nicht drücken können, weil Deutschland die neuen Verpflichtungen ohne Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des ganzen deutschen Reiches in dessen dem Friedenspakt entsprechenden Grenzen nicht übernehmen und weil auch keine deutsche Regierung im Reichstag für die Annahme der zur Durchführung des Planes notwendigen Gesetzgebung eine Mehrheit finden könnte, wenn das Ruhrgebiet nicht vorher geräumt werde.

Dr. Stresemann sieht die von den Alliierten in Aussicht genommene Generalinspektion, durch die sie sich überzeugen wollen, daß Deutschlands Abrüstung den Bedingungen des Versailler Paktes gemäß durchgeführt wurde, als den letzten Schritt an, der von den Alliierten hinsichtlich der Militärkontrolle unternommen wird und deutet an, daß Deutschland dann der Frage des Anschlusses an den Völkerbund näher treten werde.

Die Gerüchte über angebliche geheime Rüstungen werden von dem deutschen Außenminister als töricht bezeichnet, schon aus dem Grunde, weil Deutschland seit der Beendigung des Krieges keine einzige neue Kanone hergestellt und gegenwärtig tatsächlich weniger Munition vorrätig hat, als ihm nach den Vertragsbedingungen zusteht.

Ferner sagte Dr. Stresemann wörtlich: „Unser Mangel an jeglicher Ausrüstung steht in der Geschichte irgendeines Volkes beispiellos da und wir können daher nicht begreifen, wie man an der Meinung festhalten kann, daß Deutschland den Frieden Europas bedrohe. Solche Befürchtungen sind wohl mehr der Ausfluß des Bewußtseins der anderen Völker, daß unter ihnen der Gedanke einer allgemeinen Abrüstung keinen nennenswerten Fortschritt gemacht habe."

„Auch die Besorgnis über die **deutschen Sportvereine** ist ungerechtfertigt. Die größere sportliche Betätigung der deutschen Jungmannschaft ist schon infolge des Wegfalles des allgemeinen Militärdienstes zur körperlichen Disziplin notwendig und man kann in dieser Beziehung darauf verweisen, daß die **amerikanische** Regierung den Sport unter der Jugend energisch unterstützt. Auch politische Vereine können nicht als eine Friedensgefahr angesehen werden. Deren Ausrüstung besteht hauptsächlich aus Abzeichen und Fahnen."

„Wir geben zu, daß solche Vereine in den letzten Jahren große Protestkundgebungen veranstalteten, aber wir haben dem französischen Botschafter bereits vor längerer Zeit auseinandergesetzt, daß diese Demonstrationen

nur die Folge der Politik des Auslandes

gegen das deutsche Volk seien. Sobald das Ausland eine Politik der Verständigung Deutschland gegenüber einführen wird, werden auch diese öffentlichen Aeußerungen des Unwillens über die Behandlung des deutschen Volkes aufhören. Ich mache bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß z. B. jede der Sonntagsreden Poincares den Radikalen in Deutschland Hunderttausende von Stimmen zugeführt hat. Wir sind ehrlich bereit, die Lasten des Dawes-Planes auf uns zu nehmen, wenn überall der ehrliche Wille zu einer Verständigung vorhanden ist."

Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge

Wird in ganz Deutschland aufgenommen.

Die am letzten Sonntag stattgefundenen Kundgebungen in den meisten Großstädten des deutschen Reiches gegen die Fortdauer der Kriegsschuldlüge nahmen überall einen erhebenden Verlauf. Nach den eingelaufenen Berichten zeichneten sich diese Demonstrationen vor allem dadurch aus, daß unter den Teilnehmern weniger eine lärmende Hurrahstimmung sich bemerkbar machte, als vielmehr die ernste Entschlossenheit, das deutsche Volk von der ihm von den Feindbundmächten angehängten schrecklichen Lüge, daß es allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich sei, endlich zu befreien.

In allen Versammlungen wurde die Aufhebung des Artikels 234 des Versailler Paktes verlangt, in dem es heißt: „Die Verbandsregierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die Verbandsregierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde."

Von den meisten Rednern in diesen Versammlungen wurde die Bemerkung des früheren britischen Ministerpräsidenten Lloyd George zitiert, der einmal erklärt hatte, die Kriegsschuld Deutschlands sei die Grundlage, auf der der Versailler Vertrag beruhe. Wenn man die Berechtigung dieser grundsätzlichen Erklärung in Zweifel ziehen wollte, würde der ganze Vetrag hinfällig werden. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Lloyd George sich bei einer anderen Gelegenheit, in einer am 23. Dezember 1920 gehaltenen Rede, widersprochen habe, indem er damals sagte: „Je mehr man die Memorien und Bücher über die Begebenheiten vor dem 1. August 1914 liest, desto mehr begreift man, daß niemand an leitender Stelle zu jener Zeit geradezu den Krieg gewollt hat und daß wir alle sozusagen in den Krieg hineingetorkelt sind."

Ein Redner erklärte, daß Artikel 231 die moralische Stütze des gesamten Erdrosselungsvertrages sei, der die Knechtung, Aechtung und Entrechtung des deutschen Volkes die Weihe gerechter Sühne verleihen soll. Deutschland und Rußland haben ihre geheimen Archive geöffnet, während die andern Mächte der Welt noch immer ängstlich vorenthalten, was sich in den Außenämtern der Ententemächte in den Jahren vor dem Kriege zugetragen hat. Die von Deutschland veröffentlichten Dokumente hätten ergeben, **daß es eine Lüge sei,** wenn in dem Ultimatum der Entente vom 16. Juni 1919, durch das sie die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Deutschland erzwang, gesagt wird:

„Während mehrerer Jahrzehnte hat Deutschland unausgesetzt eine Politik getrieben, die darauf hinzielte, Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen zu säen, nur damit es seine selbstsüchtige Leidenschaft nach Macht befriedigen konnte."

Aus den bisher der Oeffentlichkeit zugänglich gemachten Dokumenten gehe klar hervor, daß die politische Leitung Deutschlands vor dem Ausbruch des Weltkrieges viermal binnen zwölf Jahren den Gedanken eines Präventivkrieges gegen Frankreich **verworfen** hat, auch wurde klar erwiesen, daß im Juli 1914 die Vermittlungsaktion der direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg dank des scharfen deutschen Druckes auf Oesterreich-Ungarn noch im Gange war, als die allgemeine russische Mobilmachung bekannt wurde. **Die russische,** und nicht wie das Ultimatum der Entente fälschlich behauptete, die österreichisch-ungarische Mobilmachung war der „schicksalsschwere Akt, durch den die Entscheidung aus den Händen der Staatsmänner genommen und die Befehlsgewalt den Militärs übertragen wurde". Die russischen und österreichisch-ungarischen Originalbefehle beweisen unwiderleglich, daß der Befehl zur Totalmobilisierung **in Petersburg 18 Stunden früher** als in Wien ergangen war. Der russische Generalstab hat durch seine während des Krieges erbeuteten und im Reichsarchiv in Potsdam aufbewahrten Tagesberichte von Ende Juli 1914 selbst im voraus die unwahren Behauptungen widerlegt, die später über vorzeitige Mobilmachungsmaßnahmen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn vorbereitet wurden.

Die Redner fragten, ob die Deutschen die letzten sein wollen, den Kampf gegen die Lüge, die auch ein Todesurteil für Deutschland sei, aufzunehmen. Tausende von Händen erhoben sich in den Versammlungen zum Schwur, nicht ablassen zu wollen, gegen die Kriegsschuldlüge anzukämpfen, bis der deutschen Nation volle Gerechtigkeit zuteil werde.

In der in Berlin stattgefundenen Protestversammlung sagte Geheimrat Seeberg, daß der Tag der Unterzeichnung des Versailler Paktes für Deutschland ein Tag des Verderbens war und daß Deutschland in ganz schamloser Weise das Geständnis der Schuld abgepreßt wurde.

Reichstagsabgeordneter Hoetzsch erklärte, das deutsche Volk dürfe sich nicht damit zufrieden geben, seine Schuldlosigkeit an dem Ausbruch des Krieges zu behaupten, sondern es müsse ein unablässiger, systematischer, durch geeignetes dokumentarisches Beweismaterial unterstützter Kampf gegen die Geschichtsfälschung geführt werden.

Aushebung und Verhaftung eines ganzen Kommunistenkongresses

400 Kommunisten gingen in die Falle.

In Eisenach in Thüringen sollte ein Reichsarbeiterkongreß stattfinden. Die Kommunisten hatten ihn heimlich einberufen und wollten gleichzeitig in Verbindung mit dem Kongreß einen roten Tag stattfinden lassen, um auf diese Weise eine Heerschau über ihre Anhänger im Reiche abhalten zu können. Da jedoch angesichts der Putschgefahr von links und rechts noch immer der Belagerungszustand im Reiche gilt und somit jede öffentliche Versammlung verboten ist, die den Sturz der Weimarer Verfassung bezweckt, stand die Einberufung des Kongresses und des roten Tages im Konflikt mit dem geltenden Rechte.

Die Kommunisten hatten deshalb bei der Vorbereitung der Zusammenkunft auf das Strengste jede Oeffentlichkeit vermieden, die Einladungen waren heimlich ergangen, und der Treffpunkt war möglichst unauffällig gewählt. Sämtliche Delegierte erhielten die Parole, sich als Touisten zu kleiden und vom Thüringer Walde her ohne Aufsehen in die Stadt zu kommen. Erst dann sollten sie sich gemeinsam im Schmelzer Hof in Eisenach, dem Versammlungsorte, zusammenfinden.

Dementsprechend verabredeten sich die Teilnehmer, in kleinen Gruppen im Thüringer Walde zusammenzukommen, und zwar in der Drachenschlucht unterhalb der Wartburg. Von dort hatten sie ungefähr noch eine gute Stunde bis zur Stadt zu gehen. Planmäßig hätte dann die Versammlung in den Morgenstunden ihren Anfang nehmen können.

Trotzdem somit die Vorbereitungen geschickt und raffiniert getroffen wurden, war die politische Polizei, deren Wachsamkeit seit der Revolution am 9. November im Verhältnis zu der ständig wachsenden Umsturzgefahr gestiegen ist, von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt worden. Sie traf demgemäß ihre Vorkehrungen und beorderte einen Stab von Detektiven, sich im Walde unauffällig unter die Teilnehmer zu mischen und ihrem Wege zur Stadt zu folgen. Auf diese Weise konnte die Polizei in Erfahrung bringen, wo der Kongreß stattfand.

Als nunmehr die meisten Teilnehmer, an Zahl vierhundert, im Schmelzer Hof versammelt waren, war der Augenblick für die Polizei gekommen, um in Aktion zu treten. Man umstellte zunächst ohne Aufsehen das Gasthaus mit bewaffneten Mannschaften der Sicherheitspolizei und brachte es auch tatsächlich fertig, sämtliche Delegierte, mit Ausnahme eines einzigen, der entfliehen konnte, zu verhaften.

Weltumschau

Deutschland.

Im Reichstag und in der Reichsregierung herrscht politischer Hochbetrieb. Es waren verschiedene Ereignisse, die auf einmal zusammentrafen, um diese Spannung zu erzeugen. Die Aufmerksamkeit der maßgebenden Kreise konzentrierte sich dabei insbesondere auf folgende Punkte:

1. England drängt dauernd durch seinen Botschafter Lord d'Albernon bei der Reichsregierung auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Es verlautet sogar, daß England beim Auswärtigen Amt Schritte unternommen habe, die auf eine positive Erklärung der Regierung abzielen, ob Deutschland den Willen habe, einzutreten oder nicht. Der englische Vertreter soll dabei, um Deutschland den Schritt zu erleichtern, die Schaffung zweier weiterer Sitze im Obersten Rate des Völkerbundes angeboten haben, von denen einer Deutschland und der andere dem ebenfalls noch nicht beigetretenen Rußland vorbehalten bleiben soll.

2. Die Regierung ist seitens der Alliierten ersucht worden, den Dawes-Plan noch bis Mitte Juli anzunehmen. Als Gegenleistung wird dafür eine Einladung an Deutschland zur Londoner Konferenz in Aussicht gestellt. Dr. Stresemann hat darauf in seiner Antwort u. a. gesagt, daß er vielleicht selbst an der Konferenz teilnehmen würde.

3. Die Arbeit an den Dawes-Gesetzentwürfen gedeiht in fieberhaftem Tempo weiter. Der Entwurf über die Organisation der Goldnotenbank ist besonders weit gediehen. Er hat die Zustimmung der Regierung bereits gefunden und ist schon von dem zuständigen Komitee schon in zweiter Lesung angenommen worden.

4. Besondere Schwierigkeiten erwachsen noch immer aus der Schaffung des Gesetzentwurfes über die Industriehypotheken. Nachdem schon die Verhandlungen mit den deutschen Industriellen außerordentlich langwierig verliefen, scheinen jetzt in den Reihen der alliierten Vertreter ernstliche Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht zu sein. Es soll sogar ein regelrechter Kuhhandel über die Verschacherung des deutschen Eigentums eingesetzt haben, in dessen Verlaufe es zum Krach zwischen den alliierten Vertretern gekommen ist. Die Schuld soll dabei angeblich die Franzosen treffen, die die, besten Werte für sich beanspruchen möchten.

Unter diesen Verhältnissen ist es der Regierung außerordentlich erschwert, ihre verantwortungsvollen Maßnahmen in Ruhe zu treffen. Bis zum letzten Tage des Juni-Monats war sie wenigstens vor Schwierigkeiten von seiten des Parlamentes gedeckt, insofern als sie noch immer auf Grund des Ermächtigungsgesetzes regierte, das dem Stresemann-Ministerium im Oktober vorigen Jahres ausgestellt und dann auf das Marx-Kabinett übertragen wurde. Nun aber bestand die Gefahr, daß die Regierung ihrer Hauptstütze, nämlich des Ermächtigungsgesetzes, beraubt würde, da dieses mit dem 30. Juni außer Kraft trat.

Eine Verlängerung des Gesetzes schien der Regierung angesichts der durch die Neuwahlen stark gestiegenen Opposition sehr unwahrscheinlich, zum mindesten aber nicht ohne langwierige Beratungen im Parlamente möglich. Es wurde deshalb zu einem schlauen Schachzug gegriffen, indem einfach ein Vertagungsbeschluß des Reichstages herbeigeführt wurde. Gleichzeitig gab die Regierung die Erklärung ab, daß sie den bisherigen Rechtszustand — also den durch das Ermächtigungsgesetz geschaffenen — so lange als bindend erachte, bis die nächste Sitzung des Reichstages stattfinden würde. Auf diese Weise sieht sich die Regierung in der Lage, ohne eine Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag, die erneut die Gefahr einer Krise heraufbeschworen hätte, aber unter im übrigen gleichen Bedingungen weiter zu regieren.

Die Vereinigten Sozialisten im Reichstag haben an die Regierung die förmliche Anfrage gestellt, ob sie bereit sei, vor dem ersten September die nötigen Schritte zu tun, um beim Völkerbund den Anschluß Deutschlands an denselben zu beantragen. Diese Interpellation wird in politischen Kreisen als Einleitung einer planmäßigen Agitation angesehen, deren Zweck ist, die Regierung zu zwingen, in dieser Frage Stellung zu nehmen, bevor die nächste Vollversammlung der Liga im September stattfindet. Das Exekutivkomitee der Sozialistenpartei hat auch beschlossen, den Dawes-Plan zum Gegenstand eines Volksentscheides zu machen, falls das Sachverständigenprogramm im Reichstag nicht glatt durchgehen sollte.

Reichskanzler Marx hat sich in offizieller Weise über den Stand der deutschen Regierung hinsichtlich der von Premier Herriot einzuhaltenden Politik ausgesprochen und namentlich zu der Aeußerung Herriots, daß Deutschland nicht gesonnen zu sein scheint, wirklich Frieden herbeizuführen. Deutschlands Antwort auf die Beschuldigung ist, sagte der Kanzler, daß es bereits Beweise von seiner Friedensliebe gegeben hat, daß es den Dawes-Bericht bedingungslos angenommen und sich bereit erklärt hat, sich einer Militärkontrolle zu unterwerfen. Der Kanzler gab seiner Zufriedenheit und Freude darüber Ausdruck, daß Herriot Deutschland insoweit entgegengekommen ist, daß er Deutsche, die sich in französischen Gefängnissen befanden, freigelassen und die aus ihrer Heimat Vertriebenen die Rückkehr nach derselben gestattet habe. Dann sagte er: „Wenn auch die bis jetzt getroffenen Maßnahmen nicht allen unseren Wünschen und Erwartungen entsprochen haben, so sind dieselben dennoch mit einem Gefühl der Erleichterung als vielversprechende Symptome zu betrachten. Beschreitet die französische Regierung diesen Weg weiter, namentlich aber, wenn sie beschließt, wie in dem Dawes-Bericht vorgesehen, die ökonomische und finanzielle Einheit Deutschlands wiederherzustellen, und die ungesetzlich besetzten deutschen Gebiete herauszugehen, dann kann Frankreich versichert sein, daß alle die friedlich gesinnten Elemente Deutschlands, mit dessen gegenwärtiger Regierung an der Spitze, geeinter wie vorher in dem Bestreben dastehen werden, bessere Beziehungen mit Frankreich herbeizuführen." Betreffs der Beschuldigung, daß sich in Deutschland in jüngster Zeit der Militarismus wieder breit mache, sagte der Kanzler: „Deutschland sehnt aufrichtig Frieden herbei, denn es braucht denselben. Wenn Frankreich immer wieder anklagend darauf hinweist, daß es außer der Reichswehr in Deutschland immer noch viele Uniformierte gibt, und daß Militärparaden und Reden gehalten werden, so erklärte ich, daß derartigen Demonstrationen ein ernster militärischer Charakter abgeht. Die Turnvereine z. B., auf die Herriot wiederholt Bezug nimmt, sind ebenso wenig militärisch, wie die Fußball- und Baseball-Klubs in den Ver. Staaten, von welchen schwerlich jemand behaupten kann, daß sie militärischen Ehrgeiz haben."

Die stetig steigende Flut der Auswanderung erregt bei den deutschen Industriellen große Besorgnis. Es wird vorgeschlagen, eine Versammlung einzuberufen, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, durch die die Auswanderung geschulter Arbeitskräfte eingedämmt werden könnte.

Frankreich.

Die Herriot-Regierung gerieet in eine schwierige Lage. Die Sozialisten verweigerten in der Abgeordnetenkammer die Bewilligung der von der Regierung verlangten Kosten für den Unterhalt der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet im Betrage von 205 Millionen Frank und der sozialistische Führer Leon Blum erklärte, daß seine Partei für die Räumung des Ruhrgebietes eintrete. Premier Herriot gab hierauf die Erklärung ab, daß er auf der Bewilligung der geforderten Auslagen bestehen werde, selbst wenn ihn dies die Premierschaft kosten würde. Er sagte, **die Ruhrbesetzung müsse aufrecht erhalten werden,** da die Räumung des Gebietes dem Aufgeben der Rechte Frankreichs gleichkommen würde. Aus diesem Grund sehe er sich genötigt, die Annahme des Regierungsantrages zur Vertrauensfrage für die Regierung zu machen. Nach dieser Erklärung stimmte die Kammer mit 456 gegen 26 Stimmen der Bewilligung zu. Nur die Kommunisten stimmten dagegen, während die Sozialisten sich der Abstimmung enthielten. Die Opposition entschloß sich, für die Bewilligung zu stimmen, obwohl die Rechte und das Zentrum bei Ausnutzung dieser Gelegenheit die Regierung mit einer Mehrheit von wenigstens 20 Stimmen hätten stürzen können. Für ihre Haltung war ausschlaggebend, daß sie die Besetzung des Ruhrgebietes unter Poincare nachdrücklichst unterstützt hatten und eine plötzliche Aenderung von ihnen kaum hätte gerechtfertigt werden können. Die weiteren Ereignisse werden ergeben, ob die durch das Vorgehen der Sozialisten entstandene Spaltung in der Koalition der Linken eine dauernde sein wird.

Auf dem Kongreß des internationalen Verbandes der Völkerbundsgesellschaften in Lyons, wo Herriot bisher Bürgermeister war, erschien auch Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington. Er sprach über Zulassung Deutschlands zur Völkerliga. Hierbei erklärte er, die deutsche Republik werde bestehen bleiben. Nicht nur wünsche Deutschland keinen Krieg, sondern es sei auch zu wehrlos, um Krieg zu führen. Der Wunsch der Deutschen für Frieden, fügte er hinzu, sollte zur Zulassung Deutschlands zur Völkerliga führen. Gleich in der Eröffnungssitzung gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Ausmerzung von allen Stellen in den Schulbüchern empfiehlt, die den Völkerhaß schüren und den Krieg in ungehöriger Weise verherrlichen. In der Resolution wird erklärt, Lehrer sollten ein Verständnis von dem neuen internationalen Geist haben, und in der ganzen Welt sollte die Schuljugend mit der Völkerliga vertraut gemacht werden. Eine eifrige Gruppe von Frauen war dafür, daß das Wort „Propaganda" in der Friedensbewegung nicht benutzt werde, weil es gleichbedeutend mit Lügen sei. Statt dessen wollen sie den Ausdruck „Wahrheit und Erziehung" gebrauchen. Eine erregte Debatte entspann sich über Resolutionen, die Gleichberechtigung bei der Zulassung von Ausländern fordern. Der amerikanische Delegat C. R. Dunnuway widersetzte sich dem Vorschlag. Er erklärte, damit werde die Einwanderungsfrage angeschnitten und in den Ver. Staaten werde man von einem solchen Vorschlag ganz gewiß nichts wissen wollen, da dort allgemein die Meinung vorwalte, daß Amerika ein Recht habe, Unterschiede zu machen, zwischen Personen, die in dem Lande zugelassen werden mögen und solchen, die nicht zugelassen werden sollten. Die japanische Delegation trat mit Entschiedenheit für den Vorschlag ein. Um ein Kompromiß anzubahnen, wurde die Sache der politischen Kommission für Sonderberatung überwiesen.

Die Internationale Handelskammer hat beschlossen, Deutschland als Mitglied in diese Körperschaft aufzunehmen. Der Antrag war in der Sitzung von einem britischen Mitglied gestellt worden und von dem französischen Finanzminister Etienne Clementel namens des französischen Kabinetts unterstützt worden. Der französische Finanzminister erklärte, die Zeit wäre gekommen, wo Franzosen internationale Fragen und solche Probleme, die Frankreich und Deutschland gemeinsam angehen, mit Deutschen besprechen können. Die belgischen Mitglieder der Kammer wiesen darauf hin, daß der Widerstand gegen die Zulassung Deutschlands als Mitglied der Körperschaft bisher mehr von Belgien als von Frankreich ausgegangen sei, daß Belgien aber im Hinblick auf die von den anderen Regierungen geäußerten diesbezüglichen Wünsche die Opposition aufgebe.

Italien.

Die Leiter des Unterrichtsministeriums, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Volkswirtschafts- und des Kolonien-Ministeriums wurden durch neue Minister ersetzt. Alle übrigen Mitglieder des Kabinetts behalten ihre Portefeuilles.

In einem vom „Corriere della Sera" veröffentlichten Artikel beschäftigt sich der ehemalige italienische Außenminister und spätere Botschafter Italiens in Paris, Graf Sforza, mit der politischen Lage und erörtert hierbei die Friedensaussichten nach dem Rücktritt Poincares. In dem Artikel des Grafen Sforza, der kaum als ein Freund Deutschlands angesprochen werden kann und dem in erster Linie die Verschacherung Oberschlesiens an Polen zuzuschreiben ist, fällt besonders eine Stelle auf, in der er für eine Verständigung im Sinne einer „Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages, namentlich an der Ostgrenze Deutschlands", eintritt. Graf Sforza schreibt: „Der Versuch einer Verständigung gewinnt einen höheren Sinn, denn es handelt sich nicht mehr ausschließlich darum, zwischen den Magnaten Lothringens und der Ruhr ein Uebereinkommen zu finden. Hier liegt die Möglichkeit für nicht voraussehbare Lösungen. Kein Land lebt von Brot allein. Es gibt gewisse erniedrigende Bedingungen, die ein großes Volk nicht ertragen kann und die im Interesse aller schrittweise beseitigt werden sollten. Wenige wissen, daß eine dieser Bedingungen, nämlich jene, die einen Korridor in das lebendige Fleisch des deutschen Volkes trug, durchaus nicht die ihr zugedachte Aufgabe für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Volkes erfüllt hat, für das sie ersonnen wurde. Man ist inzwischen zur Einsicht gekommen, daß es viel sicherer und vorteilhafter wäre, sich Hafenprivilegien zu verschaffen, ähnlich wie sie in diesem Jahre in Fiume an Jugoslawien abgegeben worden sind. Es erscheint jedoch als der falscheste Weg zu einer Verständigung, rasch Konferenzen einzuberufen oder ohne weiteres Korrekturen an den Verträgen vornehmen zu wollen. Die zungenschnellen Kritiker des Versailler Vertrages wirken in Wahrheit nicht an seiner Verbesserung mit. Was zunächst geändert werden muß, ist die Atmosphäre, in der der Pakt geschaffen wurde. Der Rest käme dann von selbst. Wenn man loyal an die Lösung der nächsten Aufgaben schreitet, so findet man, daß sich die Pflichten und Vorteile einer Revision des Versailler Paktes viel leichter feststellen lassen, als man anzunehmen geneigt war."

Ungarn.

Mehrere Komitate des Landes sind von der Heuschreckenplage heimgesucht. Die italienische Heuschrecke ist in den Komitaten Jaß-Nagykun-Szolnok, Heves und Borsod massenhaft und in den Komitaten Bihar und Bekes in kleineren Mengen aufgetreten. In einzelnen Distrikten fand man auch marokkanische Heuschreckenschwärme. Die Ausrottung der Tiere ist jetzt unter der Leitung der entomologischen Station der Regierung in Angriff genommen worden.

Rußland.

Bisherigen Informationen zufolge hat der internationale kommunistische Kongreß in Moskau nichts Ungewöhnliches hervorgebracht. Premier Rykow, der Nachfolger Lenins, erschien auf der Sitzung und gab einen Ueberblick über die Situation in Sowjetrußland. Die Versammlung war eine gemeinschaftliche Demonstration von internationalen Delegaten und Moskauer Arbeitern. Rykow und Sinjowiew, der Vorsitzende des Exekutiv-Ausschusses der dritten Internationale, wurden minutenlang mit Hochrufen begrüßt. In der Sitzung des Exekutivausschusses vor der Massenversammlung erklärte William Dunn aus Montana, der wegen seiner politischen Tätigkeit aus der American Federation of Labor ausgeschlossen wurde, es als seine Ueberzeugung, daß keine revolutionäre Massenpartei im heutigen Amerika vorhanden sei. Eine solche könnte nur Tatsache werden, wenn die Organisation von Gompers gewonnen werden könnte und die zwölf Millionen Neger in den Ver. Staaten erregt werden könnten. Die Verschiedenartigkeit der Nationalitäten und die außerordentlich hohe Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus stelle gleichfalls schwere Hindernisse gegen die Organisierung einer revolutionären Partei in Amerika dar.

Premier Rykow erklärte, daß die neue Wirtschaftspolitik ein Erfolg sei, welcher eine rasche wirtschaftliche Entwicklung gewährleiste und den Bauern wirtschaftliche Freiheit biete. Die Produktion sei gegenwärtig 54 Prozent dessen, was sie vor dem Krieg gewesen war, ein weit besseres Ergebnis als in manchen kapitalistischen Ländern. Leinwand- und Naphta-Produktion und die elektrische Industrie hätten bereits den Umfang der Vorkriegsproduktion erreicht, während eine Ueberproduktion an Kohlen bestehe. Die vom Staat betriebenen Industrien zeigten einen Ueberschuß von 40 Millionen Rubel und hätten durch wirksamen Wettbewerb mit dem Privatgeschäft die Preise herabgemindert. Premier Rykow gab zu, daß Arbeitslosigkeit vorhanden sei und daß diese eines der Hauptprobleme darstelle. Die Gründe, welche er für die Arbeitslosigkeit angab, seien dreifacher Natur, — die Demobilisierung der Armee, Verminderung des Beamtenapparats und Rückwanderung vom Land in die Städte. Rußland sei ohne ausländische Kreditgewährung durchgekommen, und sei es müde, den Ausländern Konzessionen zu gewähren. Rykow verneinte die Gerüchte, daß die Ernte ein Fehlschlag sein werde, und meinte, daß Rußland vielmehr im Stande sein werde, Getreide zu exportieren.

Ein sehr bezeichnendes Ereignis auf dem kommunistischen Kongreß ist die Tatsache, daß Karl Radek, der früher das Haupt des Propaganda-Dienstes der Sowjets war, fast völlig in den Hintergrund gedrängt wurde. Radek besitzt weder eine Delegiertenkarte, noch ist er ein Mitglied des internationalen Exekutivausschusses. Radek wird ernstlich für seinen Fehlschlag getadelt, im vergangenen November eine Revolution in Deutschland herbeigeführt zu haben, obwohl er eigens hierfür nach Deutschland geschickt wurde.

Japan.

In Tokio wurde von einem Japaner die amerikanische Flagge von der Fahnenstange vor dem amerikanischen Botschaftsgebäude abgeschnitten. Bis vor kurzem war eine größere Abteilung von Marinesoldaten als Wache in den das Botschaftsgebäude umgebenden Anlagen stationiert, als sich aber in den letzten Tagen die Aufregung der Japaner gelegt zu haben schien, wurde die Wache auf drei Mann verringert. Keiner dieser drei Soldaten hatte den Japaner, der sich eingeschlichen hatte, wahrgenommen und der amerikanische Geschäftsträger Caffery wurde von dem Vorfall von Personen, die angeblich den Japaner bei der Tat beobachtet hatten, telephonisch verständigt. Der Geschäftsträger sprach sofort bei Außenminister Schidehara vor, auf dessen Anordnung das Gebäude von Polizeimannschaften umstellt und Erhebungen eingeleitet wurden.

Die für den 1. Juli vorbereitete Massendemonstration, die in ganz Japan gegen die Ausschlußklausel des neuen amerikanischen Einwanderungsgesetzes veranstaltet wird, begann mit Gottesdiensten in allen Schintotempeln des Landes. Aus allen Teilen Japans wird gemeldet, daß große Mengen ihre Gottheiten anflehten, „der japanischen Rasse, die durch den Ausschluß aus Amerika beleidigt werde", beizustehen. Alle japanischen Zeitungen enthalten die Aeußerungen hervorragender Japaner, die alle ihrer „Entrüstung über die Behandlung Japans durch Amerika" Ausdruck geben, aber auch das Volk warnen, daß Japan nur durch Zusammenarbeit mit anderen Ländern seine Stärke weiter entwickeln könne. Patriotische Vereine in Tokio haben an jeder Telegraphen- und Telephonstange der Stadt Plakate angeklebt, in denen die Japaner aufgefordert werden, alles was amerikanisch ist, zu hassen und sich an folgende Regeln zu halten: „Die Japaner dürfen nie den 1. Juli vergessen, an welchem Tage Japan von Amerika eine unerträgliche Beleidigung zugefügt wurde. Erinnert Euch stets dieses Tages und bereitet Euch vor, wenn die passende Gelegenheit kommt, solche Schritte zu unternehmen, wie sie die Ehre des Vaterlandes verlangt. Jeder Japaner soll folgende Regeln beobachten:

1. Aendert Eure Lebensweise so, daß das Datum des 1. Juli Eurem Gedächtnisse unauslöschlich eingeprägt bleibt.
2. Haßt alles, was amerikanisch ist, aber den einzelnen Amerikanern gegenüber seid freundlich.
3. Entsagt allem Luxus.
4. Stellt die nationale Ehre über den persönlichen Gewinn.
5. Betretet niemals eine Kirche, die von Missionaren Amerikas oder der Vereinigten Staaten unterstützt oder geleitet wird.

Anfangen immer und niemals vollenden,
Heißt Zeit und Kraft als Tod verschwenden.
Der Weise erwägt erst seine Kraft,
Bevor er etwas beginnt und schafft.

J. Sturm.

Das Glück, das glatt und schlüpfrig rollt,
Tauscht in Sekunden seine Pfade,
Ist heute mir, dir morgen hold
Und dreht die Narren rund im Rade.

Arndt.